

Juni 2013

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Wir brauchen ein solidarisches Europa!

Nicht nur der Euro als Währung sondern Europa steht in der Negativ-Diskussion. Ob es die Bilder vom Taksim-Platz, die Meldung zur Abschaltung der griechischen Rundfunk- und Fernsehsender, Bilder von verzweifelte



Flüchtlingen sind oder schlicht und ergreifend die bloßen Zahlen, dass in einigen EU-Staaten über 50% der jungen Menschen arbeitslos sind; die soziale Spaltung in Europa vertieft sich, der Protest darüber und die Konflikte verschärfen sich.

Diese bewusst in Kauf genommene Entsolidarisierung ist kein zwangsläufiger Prozess, welcher im Prozess der europäischen Einigung unumgänglich gewesen sei – nein, es ist Teil einer Politik der EU Regierenden, der Troika, Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission und Europäische Zentralbank. Es ist Teil einer Politik, die, wie Gabi Zimmer auch auf dem Dresdner Parteitag sagte: „...die auf eine brutale Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, soziale und ökologische Mindeststandards zielt, die Demokratie abbaut und Repressionen zuspitzt. Eine Politik, die soziale Einschnitte bringt und das Recht auf Information, kulturelle und demokratische Teilhabe der Menschen von einer Minute auf die andere einfach abschalten kann...“ Soziale Verwerfungen, die Zunahme von Rassismus, Nationalismus, Hass gegen Anderslebende, ethnische und religiöse Minderheiten werden in Kauf genommen. Das Projekt Europa hat wahrlich kein Paradies hervorgebracht und wir LINKEN sind auch harte Kritiker und Kritikerinnen der Europäischen Union in ihrer heutigen Form. Aber das europäische Projekt hat auch politische Stabilität geschaffen, eine Stabilität, die angesichts nationalstaatlich geprägter Interessen und der Spaltung Europas in Zentrum und Peripherie ohne die Besinnung auf die europäische Integration zunehmend erodiert.

Wir als Linke müssen darum kämpfen, dass der Weg der europäischen Integration nicht verlassen wird. Bei all der Diskussion, die sich vornehmlich auf den Euro stützt

bzw. den Ausstieg aus dem Euro, stellt sich gleichzeitig die Frage nach der wirtschaftlichen Integration und damit verbunden zwangsläufig die Frage nach der europäischen Einigung als politisches Ziel, welche bei diesen Gedankenübungen in Frage gestellt wird.

Eine Rückwärtsrolle hin zur Nationalstaatlichkeit würde keineswegs alle Probleme beseitigen – „kein Mitgliedsland der EU wäre alleine im Stande, ökologische Probleme wirksam anzugehen. Ebenso wenig wäre eine Energieversorgung noch auf nationaler Ebene sicher zu stellen. Auch die begrenzten Vorräte an Rohstoffen erfordern eine Form der Kooperation, zu der Nationalstaaten nicht fähig sind. Wirksame Regulierungen der Finanzmärkte sind im Zeitalter des Internets nicht mehr im Rahmen von Nationalstaaten durchsetzbar. Der Aufbau sozialer Gerechtigkeit und die Überwindung von Armut sind europäische Aufgaben.“ ***

Der Zerfall der Wirtschafts- und Währungsunion würde die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union treffen und zwar vor allem diejenigen, die bereits an Lebensstandards durch die Krise eingebüßt haben bzw. über geringe Sozialstandards verfügen. Anstatt einer Ausstiegsgespräch brauchen wir verstärkt die Diskussion und Forderung nach einer funktionierenden Währungsunion und einer Sozialunion, die auf die EU-weite Kooperation baut und sich vor allem der Verbesserung der ökologischen und sozialen Lebensbedingungen widmet. Nur so kann der europäische Einigungsprozess als europäisches Friedensprojekt fortgeführt werden.

Die parteipolitische und gesellschaftliche Linke würde daher mit der Option für eine ökonomische Desintegration auch ihre friedenspolitische Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Dazu haben wir uns auf dem Parteitag in Dresden mit Verabschiedung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl klar bekannt. Wir dürfen auch in unserer Praxis nicht dahinter zurück bleiben, denn Europa geht uns alle an. Cornelia Ernst (MdEP), Susanna Karawanskij

*** Bisky, Ernst, Händel, Klute, Scholz, Zimmer: „Es geht um mehr als den Euro: Die Linke muss die europäische Einigung verteidigen!“ (Der Beitrag und alle Informationen zur politischen Arbeit von Cornelia Ernst sowie alle Termine sind zu finden unter: www.cornelia-ernst.de)

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Anja Eichhorn
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz im Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Juni 2013

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Gegen die Diskriminierung von Asylsuchenden

Ein dichtes Programm stand am 7. Juni in Leipzig bevor. Anstatt das derzeit dringliche Thema der verschärften Abschottung der EU und Deutschlands gegen Flüchtlinge aus den Teilstaaten des ehemaligen Jugoslawiens



hinter den Türen des Europaparlaments in Brüssel zu erörtern, wollten wir vor Ort mit Betroffenen dieser Politik und deren UnterstützerInnen ins Gespräch kommen. Die Europaabgeordnete Dr. Cornelia Ernst

wurde dabei von Karin Waringo von der Menschenrechtsorganisation Chachipe e.V. und Andreas Naumann, u.a. Mitglied im Ausländerbeirat der Stadt Dresden, begleitet.

In der Unterkunft für Asylsuchende in Leipzig-Grünau kamen wir ins Gespräch mit aus Mazedonien und dem Kosovo Geflüchteten. Die Fluchtgeschichten der drei Familien ähnelten sich: Gewalt, Bedrohung und der mangelnde Zugang zur grundlegenden Rechten – Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung - waren die Beweggründe ihre Länder zu verlassen. Und: es handelt sich vor allem um Roma. Hinzu kommt ein massiver Rassismus, der sich auch gewaltsam entlädt.

Doch all dies führte nicht etwa dazu, dass diesen Menschen der Schutz gewährt wird, der sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ergibt - im Gegenteil wird seitens des Bundesinnenministers Friedrich derzeit massiv Stimmung gegen vermeintliche „Wirtschaftsflüchtlinge“, die in Deutschland „Asylmissbrauch“ betreiben würden, gemacht. Das 1993 per Grundgesetzänderung demontierte Grundrecht auf Asyl soll, wenn es nach der Bundesregierung geht, für Asylsuchende aus Mazedonien und Serbien noch weiter eingeschränkt werden. Auf EU-Ebene setzt sich die BRD für das Aussetzen der Visafreiheit für diese beiden Staaten ein. Die seit 2010 geltende Visa- und damit Reisefreiheit ist einerseits eine wichtige Errungenschaft im Sinne der Öffnung und Freizügigkeit, andererseits war sie unter anderem mit der Verpflichtung zur Rücknahme von StaatsbürgerInnen und Drittstaatenangehörigen verbunden. Dies bedeutete nichts anderes als die Abschiebung zahlreicher Menschen die, z.B. in den Bürgerkriegswirren, geflüchtet waren und weit über ein Jahrzehnt in Deutschland leben. Im Zuge der aktuellen Debatte um das Aussetzen der Visafreiheit steigt der Druck auf mazedonische und serbische StaatsbürgerInnen, die die Reisefreiheit in Anspruch nehmen wollen. Schließlich wollen Ma-

zedonien und Serbien sich den in Aussicht gestellten EU-Beitritt nicht vermiesen. Es ist gängige Praxis, dass ausreisende Roma mittels „ethnic profiling“ per se als „falsche Asylantragssteller“ gekennzeichnet werden und dass von Ausreisewilligen an der Grenze ausreichend Geld und Rückreisetickets verlangt werden. Mittlerweile häufen sich Fälle, in denen abgeschobenen StaatsbürgerInnen die Pässe abgenommen werden, um die Wiederausreise zu verhindern. Eine klar rechtswidrige Praxis, die auch im Fall der Abschiebung von Shengjul und Chala Demova von Borna nach Mazedonien angewandt wird. Um solch einen Fall drehte sich der zweite Termin an diesem Tag. Im Gespräch mit dem Verein Bon Courage e.V. wurden mögliche Unterstützungsschritte besprochen, um die Ende Mai vollzogene Abschiebung der schwangeren Frau und ihrer elfjährigen Tochter nach Mazedonien anzufechten und rückgängig zu machen. Shengjul Demova lebte bereits drei Jahre in Deutschland und war verlobt.



In Mazedonien hat sie lebensbedrohliche Gewalt zu erwarten. Mittlerweile sind alle Hebel in Bewegung gesetzt um eine baldige Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen. Mit einer Rei-

he von Interessierten diskutierten Cornelia Ernst und Karin Waringo zum Abschluss des Tages zudem über die Situation von Roma in Serbien, Mazedonien und in der EU und über konkrete politische Möglichkeiten, diese zu verbessern. Es müssen für Roma endlich menschenwürdige Lebensbedingungen hergestellt werden, die mit einer Bekämpfung von rassistischen Denkweisen einhergehen müssen, egal ob in EU-Mitglieds- oder Anwärtinnenstaaten, so das Fazit. Andererseits muss Schutzsuchenden, insbesondere Angehörigen der am stärksten diskriminierten Minderheit Europas, Schutz gewährt werden. Den vielen Worten und beschriebenen Papier müssen Taten folgen und Nicht-Handeln sanktioniert werden!

Jule Nagel

+++ Termine im Juli +++

15.7. Europasimulation - Asylpolitik in Europa/Bautzen

16.7. Aktionstag zur Asylpolitik Sachsens / Bischofswerda und Kamenz gemeinsam mit MdL Marion Junge.

20.7. CSD Leipzig

Alle Info's zur politischen Arbeit von Cornelia Ernst findet ihr unter: www.cornelia-ernst.de

(Bildrechte Seite 1 @DIE LINKE im EP. (Flickr.com) Seite 2 oben links:@DIE LINKE im EP. (Flickr.com), Unten rechts. @Lorenz Krämer, 2008.